

Neueste Nachrichten

Bezugspreis: 1.50 Mk. monatlich ausschließlich Trägerlohn. Erscheint wöchentlich. — Bei Ausfall der Lieferung ohne Verschulden des Verlags oder infolge von höherer Gewalt, Streit etc. kein Anspruch auf Entschädigung. Für unverlangt eingesandte Zuschriften übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr. — Einzelnummern: 10 Pf.

Preisanzeiger für den Obertaunuskreis

Bad Somburger Tageszeitung und Anzeiger
Bad Somburger Lokal- und Fremden-Blatt

Anzeigenpreis: Die einspaltige 30 mm breite Nonpareillezeile kostet 20 Pf. Lokale Gelegenheitsanzeigen nach besonderem Tarif. — Die 88 mm breite Nonpareille-Neckenzeile kostet 1.—, zwischen Text 1.50 Mk. — Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen nach Möglichkeit aber ohne Gewähr. — Offertgebühr 50 Pf.

Zugleich Gonsenheimer, Oberstedten-Dornholzhausener, Seulberger, Friedrichsdorf-Röpperner Neueste Nachrichten ■ Taunus-Post

2707 - Fernsprech-Anschluß - 2707

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Bad Homburg, Dorotheenstraße 24

Postcheckkonto 398 64 Frankfurt/M.

Nummer 246

Mittwoch, den 19. Oktober 1932

7. Jahrgang

Bewerkschaften gegen Reichsregierung.

Protest gegen den sozialen Teil des Wirtschaftsprogramms.

Berlin, 18. Oktober.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (Freie Gewerkschaften) und der Allgemeine Freie Angestelltenbund veranstalteten eine öffentliche Kundgebung, in der das Thema „Der Wirtschaftsplan der Reichsregierung und die Gewerkschaften“ zur Debatte stand. Der Bundesvorsitzende Leipzig erklärte einleitend, die vordringlichste Aufgabe sei zurzeit eine wirkungsvolle Verminderung der Arbeitslosigkeit. Von der Art und Weise, wie die Reichsregierung diese Arbeit durchführe, werde die Stellungnahme der Gewerkschaften zur Regierung abhängen. Die Schuld an dem bisherigen Mißlingen des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung hätten nicht die Gewerkschaften, sondern das Programm selbst. Die Entscheidungen der Gewerkschaften seien vollkommen frei von parteipolitischen Erwägungen. Die Gewerkschaften würden jede Regierung unterstützen, die die Rechte der Arbeiterschaft unangefastet ließe.

Das Hauptreferat hielt das Mitglied des Bundesvorstandes, Reichstagsabgeordneter Tarnow. Zur ausreichenden Versorgung aller Menschen, die nur eine Frage der Organisation sei, sei eine vollständige Neuordnung auf sozialistischer Grundlage nötig. Trotzdem betrachteten die Gewerkschaften es als ihre Pflicht, auch auf dem Boden des kapitalistischen Systems nach erweiterten Lebensmöglichkeiten für die Arbeiterschaft zu suchen.

Für die Entlastung einer privaten Unternehmerinitiative seien die Aussichten sehr gering. An Produktionsmitteln sei Deutschland so übersättigt, daß ein Neubedarf auf absehbare Zeit nicht vorhanden sei. Heute läme es darauf an, den Konsum zu pflegen.

Die Gewerkschaften seien in Bezug auf den Erfolg des Regierungsplanes nicht so hoffnungsfroh gestimmt wie die Reichsregierung, jedoch seien sie bereit, dem wirtschaftlichen Teile des Regierungsplanes die Chance zuzubilligen, seine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften habe zwei Milliarden für tatsächliche und unmittelbare Arbeitsbeschaffung vorgesehen, der Regierungsplan wolle dagegen Steuererleichterungen an die Unternehmer machen. Die Gewerkschaften würden sich keiner Maßnahme in den Weg stellen, von der sie hoffen könnten, daß sie den Arbeitslosen helfe.

Aber leidenschaftlich mühten sie gegen den Teil des Planes zu protestieren, der mit unerbittlicher Härte in den Lebensstandard der Arbeiterschaft und in ihre sozialen Rechte eingreife.

Den guten Glauben, den Arbeitslosen zu helfen, bitle man der Regierung zu, aber die Tatsache, daß die Grundlage des Planes in der gescheiterten Erteilung von anderthalb Milliarden Reichsmark an die Unternehmer bestehe, sei nicht zu bestreiten. Viele Unternehmer scheuten sich, vom dem Recht der Lohnsenkung Gebrauch zu machen, weil sie selbst es als ein Unrecht an der Arbeiterschaft empfänden. Die Notverordnung, so erklärte der Abgeordnete weiter, übe einen starken Anreiz zur Verkürzung der Arbeitszeit aus. Die Gewerkschaften hätten seit Jahren die gefällige 40-Stundenwoche gefordert und den Arbeitgebern auch zugemutet, im Interesse der Arbeitslosen nötigenfalls auch ohne Lohnausgleich dieses Solidaritätsoffer auf sich zu nehmen.

Wenn nun aber die Verordnung zu den 16 Prozent Lohnausfall aus der Arbeitszeitverkürzung noch weitere 12 Prozent Lohnsenkung hinzusetze, dann allerdings geht das weit über das erträgliche Maß hinaus. Die Regierung habe es noch in der Hand, ihre Wirtschaftspläne von den offensichtlichen antisozialen Fehlschlüssen zu bereinigen, und die Gewerkschaften forderten sie dringend auf, damit nicht länger zu zögern.

Über den Kampf um die Wiederherstellung des kollektiven Arbeitsrechts und des Tarifrechtes sprach dann der Leiter der Arbeitsrechtsabteilung, Dr. Kerpel. Mit ihren Maßnahmen, so sagte der Redner, habe die Reichsregierung das heute für den Interessenausgleich zwischen Arbeiterklasse und Arbeitgeber geradezu unerlässliche kollektive Arbeitsrecht gefährdet.

Zum Schluß der Kundgebung wurde eine Entschließung angenommen, in der von der Reichsregierung die Aufhebung der Verordnungen vom 5. September und

3. Oktober gefordert wird. Darüber hinaus wird weiter gefordert die Abkehr von überlebten Wirtschaftsformen und die Einteilung einer neuen Organisation der Wirtschaft mit dem Ziele planmäßiger Wirtschaftsführung.

Rufe nach Brüning.

Die Zentrumskundgebung in Münster.

Münster, 18. Oktober.

Bei der Kundgebung der deutschen Zentrumspartei, deren Mittelpunkt die Rede des Prälaten Kaas stand, kam auch Dr. Brüning zu Wort. Als der Versammlungsleiter nach den Ausführungen von Dr. Kaas eine kurze Pause ankündigen wollte, wurden die Rufe nach Dr. Brüning immer lauter, so daß dieser sich genötigt sah, das Podium zu einer kurzen Ansprache zu betreten. Er führte dabei u. a. aus:

„Ich kann es nicht für erforderlich ansehen, in einem Augenblick, wo es noch um die Existenz von Millionen geht, allzu abrupt an die Verfassungsreform heranzugehen. Es ist nicht möglich, einem Volke die Staatsform mit Gewalt aufzuzwingen. Nichts ist wichtiger in Augenblicken wirtschaftlicher Gefahr, als gerade in Bezug auf die verfassungspolitische Entwicklung klare und wohl abgegrenzte Wege zu gehen.“

Der zweite Vorsitzende der Zentrumspartei, Abg. Joos, sprach über „Programm und Weg des Zentrums“. Er betonte, daß das Zentrum für die Politik der gegenwärtigen Reichsregierung keinerlei Mitverantwortung übernehmen könne. Die wichtigsten Maßnahmen im Programm kämen den kleinen und mittleren Betrieben nur wenig zugute. Sie stärkten nur die Konkurrenzfähigkeit der Großbetriebe.

Wahlausruf der BVP.

München, 18. Okt. In dem heute veröffentlichten Ausruf der Bayerischen Volkspartei für die Reichstagswahlen wird darauf hingewiesen, daß die Bayerische Volkspartei in der Auflösung des Reichstages vom 12. September dieses Jahres einen Angriff auf die Lebensinteressen des deutschen Volkes erblicke. Die Partei kämpfe auch heute gegen jeden Absolutismus, der einem durch viele Wahlkämpfe müde und mürrische gemachten Volk aufgezungen werden solle; das Volk dürfe nicht von der Mißbestimmung seines Schicksals ausgeschlossen werden. Nationalsozialisten und Kommunisten, die im letzten Reichstag eine Mehrheit gebildet hätten, würden als Mehrheit auch den neuen Reichstag arbeitsunfähig machen. Es gelte daher, diesem politischen Radikalismus die Mehrheit zu nehmen. Das sei das Ziel der neuen Wahl. Die Partei trete für eine Autorität ein, die aber dem Volke nicht von Berlin aus aufgezungen werden dürfe.

Die Sozialleistungen.

Änderungen. — Aus der neuen Verordnung.

Berlin, 19. Oktober.

Die vom Reichskanzler in seiner Münchener Rede angekündigte Milderung der durch die Notverordnung vom 14. Juni vorgenommene Rentenkürzung in der Sozialversicherung sowie die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung werden nunmehr durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministers, die im heutigen Reichsgeblätt erscheint, verwirklicht. Die Hauptpunkte sind:

1. Die Sätze der Arbeitslosenversicherung werden im Durchschnitt um zwei Mark erhöht, und zwar gestaffelt nach dem Familienstand der Versicherten.
2. In der Kranken- und Angestelltenversicherung werden zusätzliche Leistungen, die durch die Verordnung vom 14. Juni verboten waren, wieder zugelassen.
3. In der Unfallversicherung wird der Zuschlag von 7.5 Prozent, der gleichfalls unterlag, war, für künftige Versicherungen wieder belassen. Ferner werden ergänzende Einzelheiten, besonders bezüglich der Wandererversicherung geregelt.

Über die neue „Verordnung zur Ergänzung der Sozialleistungen“ wird Reichsarbeitsminister Schäffer heute, Mittwoch abend von 7.30 bis 7.50 Uhr im Rundfunk sprechen.

Klepper vor dem Ausschuß.

Das Geschäft der Preußentasse mit der „Kölnischen Volkszeitung“.

Berlin, 18. Oktober.

Zur Sitzung des Klepper-Untersuchungsausschusses des preussischen Landtages, in der der frühere Leiter der Preußentasse und spätere preussische Finanzminister Dr. Klepper als Zeuge vernommen werden sollte, hatten sich viele Zuhörer eingefunden; auch die Staatsanwaltschaft hatte einen Vertreter entsandt.

Die Vernehmung des Ministers Dr. Klepper begann mit dem Hinweis des Auslageverweigerungsrechtes des Zeugen für den Fall, daß er sich einer strafrechtlichen Verfolgung ausleihe.

Klepper erwiderte darauf, daß er von dieser Befugnis keinen Gebrauch machen werde. Über der Berichterstatter, der Abg. Steuer (Dn.), habe bereits ein Urteil über seine Kleppers, Tätigkeit abgegeben, das er als eine gründliche Beleuchtung erklären müsse.

Der Ausschuß nahm dann einen Antrag an, daß der Berichterstatter Fragen an den Zeugen nur durch den Vorsitzenden stellen darf.

Die Auslagen Kleppers.

Über das Geschäft der Preußentasse mit der „Kölnischen Volkszeitung“, so führte Dr. Klepper aus, habe eine Besprechung zwischen ihm und Minister Hirtleser stattgefunden. Es sei davon gesprochen worden, daß der Götters Verlag in Köln eine Kapitalerweiterung notwendig habe und daß die Gefahr einer Beteiligung ausländischer Kapitals bestehe. Auf die Frage Hirtlesers nach einer Beteiligung der Preußentasse habe er geantwortet, er halte es bei der politischen Bedeutung der Angelegenheit für richtig, diese Frage nur im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister zu entscheiden. Es sei ständige Praxis gewesen, daß Geschäfte, die nur unmittelbar oder überhaupt nicht mit dem Zweck des Institutes zusammenhängen, aber im Interesse des Staates durchgeführt werden sollten, nur mit Zustimmung der Staatsregierung abgewickelt wurden. Auf Fragen betonte Klepper, daß von Zahlungsschwierigkeiten der „Kölnischen Volkszeitung“ keine Rede war.

Im Verlauf der Vernehmung warf der Vorsitzende die Frage auf, ob das für die „Kölnische Volkszeitung“ aufgewendete Geld nicht besser für die Genossenschaften verwendet worden wäre. Klepper wandte dagegen ein, daß diese Frage nicht zum Gegenstand der Untersuchung gehöre.

Der Zeuge bemerkte aber, die Preußentasse sei immer in der Lage gewesen, die notwendigen Kredite zur Verfügung zu stellen. Wenn sie Zurückhaltung gegenüber den Genossenschaften geübt habe, dann sei das niemals aus Geldmangel geschienen, sondern immer nur aus allgemeinem kreditpolitischen Gründen und diese Politik habe sich gerechtfertigt. Es könne keine Rede davon sein, daß durch die Kreditpolitik der Preußentasse die Landwirtschaft in Schwierigkeiten gekommen wäre.

Eine Frage des Abg. Mus (MS.) beantwortete der Zeuge dahin, daß sowohl der Präsident der Preußentasse als auch der Finanzminister die Verantwortung für das Geschäft tragen würden. Klepper erklärte weiter, daß später keine Dividende gezahlt worden wäre, aber mit diesem Risiko mußte gerechnet werden. Auf weitere Fragen hin bemerkte Dr. Klepper, daß sämtliche Aktien der „Germania“ aufgekauft werden sollten, um so zu verhindern, daß ein bestimmter Großaktionär die absolute Mehrheit erwerben konnte. (Zwischenruf: Wer war das?) Der Herr Reichskanzler.

Papen soll erscheinen.

Antrag im Klepperausschuß angenommen.

Berlin, 19. Oktober.

In Klepper-Untersuchungsausschuß des preussischen Landtages wurde einstimmig der nationalsozialistische Antrag angenommen, an einem noch zu bestimmenden Termin den Reichskanzler von Papen und andere Funktionäre des Reiches als Zeugen über die Beteiligung der Preußentasse an der „Germania“ und die grundsätzliche Frage einer Beteiligung der öffentlichen Hand an Zeitungsunternehmungen zu vernehmen.

Aus Oberursel u. Umgebung

Der freiwillige Arbeitsdienst in Oberursel.

Im Laufe der letzten 3 Wochen ist das Arbeitslager für den freiwilligen Arbeitsdienst in Oberursel eingerichtet worden und konnte, nachdem es von 150 Arbeitsfreiwilligen bezogen worden war, vor einigen Tagen im Beisein von Vertretern der städtischen Körperschaften, auswärtiger Behörden und der Bürgerschaft und Presse eröffnet werden. Zur Klarstellung sei hier nochmals auf die wesentlichen Grundlagen dieser neuen Einrichtung kurz eingegangen.

Auf den Aufruf zur Meldung haben sich in Oberursel circa 80 Freiwillige gemeldet, die alle die Bedingung zur Zulassung beim F.A.D. erfüllten. 40 von diesen erklärten sich bereit, erforderlichenfalls an einem geschlossenen Lager teilzunehmen. Da von der Stadtverwaltung zwei große Aufgaben für den F.A.D. in Aussicht genommen worden waren, nämlich einmal die Drainage von Acker- und Wiesenland für 150 Mann, zum anderen die Herstellung von Anlagen, Feld- und Wanderwegen für 50 Mann, mithin also die in Oberursel zur Verfügung stehenden Kräfte nicht annähernd zur Bewältigung dieses Vorhabens ausreichten, mußten von Frankfurt a. Main noch die fehlenden Arbeitsfreiwilligen hinzugezogen werden. Die Einrichtung eines geschlossenen Lagers zur Unterbringung der auswärtigen Arbeitsdienstfreiwilligen, war nicht zu umgehen. Die im Lager untergebrachten Arbeitsdienstfreiwilligen, und zwar 35 Mann aus Oberursel, 45 Mann von der Technischen Rothilfe zu Frankfurt a. Main und 70 Mann vom D.S.B. zu Frankfurt a. Main, werden die Drainage durchführen, der Rest der Oberurseler Arbeitsdienstfreiwilligen wird bei der oben erwähnten kleineren Maßnahme eingesetzt werden, ohne im geschlossenen Lager vereint zu werden. Doch werden auch diese Arbeitsdienstfreiwilligen an den Fortbildungs- und Unterhaltungseinrichtungen des geschlossenen Lagers teilnehmen.

Träger der Arbeit, also diejenige Stelle, die die im F.A.D. zu leistende Arbeit zur Verfügung stellt und die notwendigen Maßnahmen unternimmt, ist in unserem Falle die Stadt Oberursel. Auf Anregung der „Ortsbauernschaft Oberursel“ hat das Kulturbauamt schon vor einigen Jahren ein Drainage-Projekt für die Oberurseler Gemarkung aufgestellt. Doch war dieses Projekt damals nicht durchführbar, weil trotz der außer Zweifel stehenden Rentabilität des Unternehmens die ihm anzulegenden Kapitalien von den beteiligten Grundstückseigentümern und der Stadt nicht aufgebracht werden konnten. Erst durch die Einrichtung des F.A.D., bei dem die gesamte Lohnkosten wegfallen, weil die zu seiner Durchführung ausreichenden Förderungsbeiträge (bekanntlich in unserem Falle 2.— R.M. pro Mann und Tag) vom Reich aus Mitteln des Arbeitsbeschaffungsprogrammes und der Arbeitslosenversicherung gegeben werden, sind die Belastungen auch für unsere heutigen beschränkten Verhältnisse durchaus tragbar geworden. Nach Gesetz sind bei Drainage-Arbeiten die Kosten für die Saugleitungen von dem Grundstückseigentümer anteilig der entwässerten Flächengröße, die Kosten für die Sammelleitungen dagegen von der Gemeinde zu tragen. Der von den Grundstückseigentümern aufzubringende Betrag wird während der Ausführung von der Gemeinde vorgelegt und alsdann durch Umlegung von den Beitragspflichtigen in Form von jährlichen Raten eingezogen. Für diese Zwecke, also lediglich für die Beschaffung von Drain-Röhren der Saug- und Sammelleitungen hat die Stadt ein Darlehen zu günstigen Bedingungen beantragt, das entsprechend den Ratenzahlungen der Grundstückseigentümer im Laufe der nächsten Jahre getilgt werden wird. Nach Fertigstellung der Arbeit ist mit einem bedeutenden landwirtschaftlichen Mehrertrag der drainierten Ländereien zu rechnen. Wenn dieser Mehrertrag auch zunächst vor allem den Grundstückseigentümern, d. h. also im wesentlichen der Ortsbauernschaft Oberursel zu Gute kommt, so muß doch die Ertragssteigerung heimatischen Bodens als eine gemeinnützige Arbeit im besten Sinne bewertet werden. Träger des Dienstes, also diejenige Stelle, die die Arbeitsdienstfreiwilligen zur Verfügung stellt, das Lager einrichtet für das leibliche und seelische Wohl der Arbeitsdienstfreiwilligen während der ganzen Dauer des Dienstes sorgt, und die zur Fortbildung und Unterhaltung notwendigen Maßnahmen unternimmt, ist in unserem Falle der erst kürzlich gebildete „Arbeitsausschuß für den F.A.D.“, der sich zu sammensetzt aus einem Mitglied des hiesigen Magistrats, des Ortsausschusses für Jugendpflege, des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes (D.H.V.) und der Technischen Rothilfe. In den Sitzungen dieses Ausschusses, in denen Herr Bürgermeister Horn den Vorsitz führt, wird das Bildungsprogramm beraten.

Die technische Aufsicht über die Einrichtung des Lagers und die Ausführung der Drainagearbeit und die Verantwortung für die richtige Verwendung der Förderungsbeiträge hat das Stadtbauamt. Auf Anraten des Kulturbauamtes wurde ein Kulturbauingenieur, dem die Vermessung und Absteckung im Gelände und die fachmännische Beratung obliegt, als Arbeitsdienstfreiwilliger angenommen. Alle im Arbeitslager untergebrachten Arbeitsdienstfreiwilligen unterstehen einem Lagerleiter. Dieser sorgt für die Disziplin, Einigkeit und Ordnung, stellt den täglichen Stundenplan auf und leitet alle außerhalb der eigentlichen Arbeitszeit liegenden gemeinsamen Veranstaltungen der Arbeitsdienstfreiwilligen, wie Sport und Spiel, Unterhaltung, Fortbildung, Gemeinschaftsarbeit, Ausflüge und Besichtigungen. Während

der Arbeitszeit unterstehen die Arbeitsdienstfreiwilligen einem Arbeitsleiter, der die Kolonnen auf die Arbeitsstelle führt, die sachgemäße Zusammenarbeit der Gruppen organisiert und die Erzielung einer angemessenen Leistung überwacht.

Für die Einrichtung des Lagers, die Verpflegung der Arbeitsdienstfreiwilligen, die Beschaffung von Arbeitskleidern und Geräten und die Auszahlung eines Taschengeldes hat die Stadt Mittel nicht aufzubringen. Alle hierfür notwendigen Beträge werden aus dem vom Reich gegebenen Förderungsbeiträgen. Da wöchentlich für jeden Arbeitsdienstfreiwilligen 12.— R.M. gegeben werden, von denen 3.— R.M. Taschengeld ausbezahlt werden sollen, verbleiben für die übrigen Zwecke 9.— R.M. oder täglich 1,28 R.M. Die aus erstem und zweitem Frühstück, Mittag- und Abendessen bestehende Verpflegung kostet durch die günstigen Preise, die in Verhandlung mit den hiesigen Lebensmittelgeschäften erzielt werden konnten, nur 0,07 R.M. Für Beschaffung von Arbeitsstiefeln, deren Kosten nicht wie diejenigen der Arbeitskleidung ratenweise vom Taschengeld abgezogen werden sollen, sind 0,07 R.M. in Ansatz zu bringen, für die den Führern zustehenden Zulagen 0,05 R.M. Der Rest von 29 Pf. dient zur Begleichung der Lagermiete, der Miete des Mobilars, der Anschaffungskosten für Küchen- und Esstische, für Einrichtung und Betrieb einer Zentralheizung, einer Wasserleitung und einer elektrischen Lichtanlage, sowie zur Beschaffung der vielen kleinen Gebrauchsgegenstände, die zur Durchführung eines Arbeitslagers notwendig sind. Ueber diese Ausgaben wird nach Beendigung des Arbeitsdienstes, der bekanntlich 7 Monate dauern soll, eine Schlussabrechnung vorgelegt werden. Sollten etwa unverbrauchte Reste aus den Förderungsbeiträgen des Reiches übrig bleiben, so können diese nur zu Gunsten der Arbeitsdienstfreiwilligen verwandt werden.

— Herr halt ein mit deinem Regen! Das ist der einmütige Wunsch aller Oberurseler und aller auswärtigen Anhänger des K e r b e m i t t w o c h s. Man konnte dieses Jahr „Rigoletto“ variieren und singen: „O wie so trügerisch ist's Kербewetter“. Morgens lacht der Himmel, um, wenn die Kerb losgehen soll, bittere Tränen zu weinen. Eine „Gassenterb“ giebt das natürlich nicht, doch sind die Säle, wo heute Abend was los ist, gut geheizt und reichlich Gelegenheit vorhanden, die Kasse von außen durch innere Begiehung auszugleichen.

— Der Deutschnationalen Volkspartei, Ortsgruppe Oberursel, ist es gelungen, einen ihrer hervorragendsten Führer und bekanntesten Männer der deutschnationalen Bewegung für einen Vortrag in Oberursel zu gewinnen, nämlich den verstorbenen Reichsminister und Vize-Reichskanzler Erzelenz Hergl. Fraglos darf es als ein Ereignis für Oberursel verzeichnet werden, daß dieser bekannte politische Führer auch nach unserem Städtchen kommt. Erzelenz Hergl wird in einer öffentlichen Wählerversammlung morgen, Donnerstag, den 20. 10., im Frankfurter Hof, abends pünktlich 8 Uhr, sprechen. Sämtliche Bürger und Bürgerinnen von Oberursel und Umgegend sind zu diesem Vortrag, der das Thema: „Nationaler Staat — keine Parteiwirtschaft“ behandelt, herzlich eingeladen. Man darf annehmen, daß alle national eingestellten Kreise unserer Stadt sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen werden, einen Mann wie Hergl persönlich kennen zu lernen. Anschließend wird Herr Pfarrer Struckmeier aus Frankfurt a. M. sprechen. Da Erzelenz Hergl am gleichen Abend noch anderwärts als Redner auftritt, muß er Oberursel bereits gegen 9 Uhr wieder verlassen, weshalb die Versammlungsleiter besonders gebeten werden, pünktlich um 8 Uhr zu erscheinen. Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

— Der Kampf gegen den Frostspanner. Einer der größten Feinde unserer Obstbäume ist der Frostspanner. Seine Raupen bohren sich im Frühjahr in die jungen Knospen und zerstören sie umso vollkommener, je länger die warme Witterung zur Entfaltung auf sich warten läßt. Nach der Blüte erfolgt der Uebergang auf die Blätter, wo die Frostspanner ihr Zerstörungswerk unter dem Schutz des Geästes fortsetzen. Der Frostspanner fliegt von Mitte Oktober bis in den Dezember hinein. Geringe Fröste schaden ihm nicht. Das Weibchen hat im Gegenfalle zum Männchen nur Flügelstümpfe, die kein Fliegen erlauben. Es muß also am Stamm des Obstbaumes emporklettern. Wie bekämpft man den Schädling? Zunächst muß die Baumscheibe vor dem Winter gelodert werden. Dann ist der Stamm mit dem Baumtrichter zu reinigen und mit einer 10prozentigen Karbolineumlösung und Kalkmilch zu bestreichen. Ganz frei von Spannerraupen kann man den Stamm halten, wenn er ab Mitte Oktober einen Leimring bekommt. Der Spanner „kriecht auf den Leim“ oder er muß umkehren. Anfang Januar hat der Leimring seinen Zweck erfüllt und kann abgenommen und verbrannt werden.

— Die Hindenburg-Postkarte. Die Hindenburg-Wohlfahrtspostkarte hat in der Bevölkerung viel Anklang gefunden. Leicht begreiflich, da die Karte mit dem eindrucksvollen Hindenburgkopf und der eingedruckten 6 Pfennig-Marke, die das Tannenbergs-Denkmal zeigt, nur 10 Pfennig kostet. 4 Pfennig Wohlfahrtsaufschlag fließt der Deutschen Rothilfe zu. Die Karte wird auch sehr weit postalfach wie auch außerpostalfach durch die Wohlfahrtsstellen und Organisationen der Jugendpflege vertrieben. Der durch diese Stellen erzielte Wohlfahrtsloos dient zur Vinderung der Winternot. So ist zu wünschen, daß auch weiterhin die Karten noch recht viel Absatz finden. Die Wohlfahrtsbriefe kommen erst am 1. November ds. Js. heraus.

Wetterbericht.

Eine neue Sturmskizze hat in den Rastengebietern schwere Stürme verursacht, und auch in unserem Gebiet herrschte stürmisches Wetter. Es kann aber ein Abflauen der Winde erwartet werden. Infolge der Wirbelstärke im Westen ist für Donnerstag und Freitag unbeständiges Wetter vorauszusagen.

Die Arbeitsbeschaffung für die Landgemeinden

Im Rahmen des 6. Kurhessischen Landgemeindetages in Kassel sprach Landrat a. D. Dr. Gereke über seinen in der letzten Zeit viel erörterten Arbeitsbeschaffungsplan für die deutschen Landgemeinden. Er glaubte mitteilen zu können, daß bereits in den nächsten Tagen die mit der Reichsregierung geführten Verhandlungen über Einzelheiten des Planes zu einem positiven Abschluß gelangen werden.

Dr. Gereke erklärte, daß in diesem Jahre schon zu viel Zeit verloren gegangen sei, um die Arbeitsbeschaffung im Sinne seiner Vorschläge voll in Gang zu bringen. Immerhin sei doch für die Arbeitsbeschaffung in den Gemeinden auch in der verbleibenden Zeit dieses Jahres noch sehr vieles möglich. Einmal könnten die bereits von der Reichsregierung für Arbeitsbeschaffung zur Verfügung gestellten Beträge in Aussicht genommen werden. Diese Mittel werden jetzt wegen der Zins- und Amortisationsbedingungen von den Gemeinden und Gemeindeverbänden abverlangt. Es würde ein Entgegenkommen gegenüber den grundsätzlichen Vorschlägen des preussischen Landgemeindetages bedeuten, wenn die Vergabe dieser Mittel zu anderen Zins- und Amortisationsbedingungen erfolgen würde, etwa dergestalt, daß entweder das Reich oder eine vom Reich zu bestimmende Stelle den Zinsdienst in einer Höhe vornehmen würde, daß für die Gemeinden neben der Amortisationspflicht lediglich eine Verzinsung in Höhe des Verwaltungskostenbetrages verbleiben würde. Auf diese Weise könnten schätzungsweise 350 Millionen Mark der direkten Auftragserteilung zugeführt werden.

Ähnliches gelte von dem von der Reichsregierung zur Verfügung gestellten Betrag von 700 Millionen Mark für die 400 Mark Einstellungsprämie. Auch hiervon könnte ein beträchtlicher Teil, etwa 350 Millionen Mark, unter gleichen Bedingungen für die direkte Auftragserteilung bereitgestellt werden, und zwar für öffentliche Arbeiten, deren Rentabilität nach bestimmten Grundfragen geprüft würde. Auf diese Weise könnten in der allernächsten Zeit rund 700 Millionen Mark für die Wirtschaftsankurbelung eingesetzt werden.

Falschgeld!

Der hessische Finanzminister macht die öffentlichen Kasien auf eine Fälschung von Reichsbanknoten zu 50 Mark aufmerksam. Die Fälschungen tragen das Datum der Reichsbanknote vom 11. Oktober 1924; sie sind im Buchdruck hergestellt. Die veränderliche Reihenbezeichnung und Nummer der Fälschungen ist G 7269 719, die Typen sind ungleich gestellt. Das Papier ist gering dicker als das echte. Es besteht aus mehreren zusammengelegten Blättchen. Im farbigen Quilochengrund unter der Beschriftung sind von der regelmäßig wiederkehrenden Wertbezeichnung die Zahlen 50 nicht zu erkennen. Die Rückseite fällt durch den dicken Grunddruck im mittleren Teile des Druckbildes auf.

Vom hessisch-nassauischen Kurzschriftenverband.

Frankfurt a. M., 18. Okt. Der hessisch-nassauische Kurzschriftenverband veranstaltete seine diesjährige Herbstvertreterversammlung in Frankfurt-Griesheim. Der Verbandsvorsitzende Landtagsdirektor Werner-Darmstadt konnte etwa 120 Bezirks- und Vereinsvertreter aus allen Teilen des Verbandsgebietes willkommen heißen. Er gedachte der inzwischen verstorbenen Verbandsmitglieder, Ehrenmitglied Sanitätsrat Dr. med. und phil. M. F. Kranz-Busch-Wiesbaden und des langjährigen Vorstandsmitglieds H. Taubitz, Wiesbaden. Angenommen wurde ein Antrag des Vereins Wiesbaden, mit dem alljährlichen Verbands-Wettstreben auch ein Schön- und Richtigschreiben zu verbinden. Bekanntlich wurde bei dem Verbandstag am 2. Juli 1932 in Bingen eine Entschließung über die Abhaltung der Schülerschreiben 1933 gefaßt. Landtagsdirektor Werner schilderte das im Frühjahr 1932 abgehaltene Probe-Schülerschreiben in den größeren Städten, lobte die vortreffliche Mitarbeit der Vertrauensmänner der Schulen und betonte das sehr gute Ergebnis dieses Schülerschreibens, an dem sich 1800 Schüler beteiligten. Für die Durchführung des Schülerschreibens 1933 — bestehend aus einem Schnellschreiben und einem Schön- und Richtigschreiben — wurde ein Ausschuß unter dem Vorsitz von Oberstudienrat Dr. A. Professor Pfaff-Seehelm a. d. B. gebildet.

Sportnachrichten.

Kreisliga Taunus.

S. B. Bonames — 1. F. C. 04 Oberursel 2:1
Victoria Edenheim — S. B. 20 Großkarben 2:2
1. F. C. 02 Rödelsheim — Victoria Kirdorf 0:1
S. B. 07 Hedderheim — F. B. Otarben 9:2
05 Bad Homburg — Germania Ginnheim 1:0

S. B. Bonames — 1. F. C. 04 Oberursel 2:1.

Nur mit einem Tore Unterschied konnte der Tabellenführer die Oberurseler bezwingen. Der Club lieferte dem Gegner ein ebenbürtiges Spiel und nur durch einen Handelfmeter kam B. zu seinem knappen Sieg. Dem Spielverlauf nach wäre ein Unentschieden gerecht gewesen. Das Endergebnis stand bis Halbzeit fest. Bonames schoß den Führungstreffer. Oberursel legte sich dann mächtig ins Zeug und gelingt es schließlich Herdt, den man wieder in der Sturmreihe der 194er eingereiht hat, den Ausgleichstreffer zu erzielen. Bald danach verliert O. seinen Mittelstürmer Vogt, der verletzt ausstiegt. Bonames konnte, trotzdem bei O. jetzt nur noch 10 Mann den Restkampf bestritten, aber nur noch den schon erwähnten Esser erzielen und diesen vor Halbzeit. Die zweite Spielhälfte verlief also ohne beiderseitige Erfolge, brachte aber dennoch oft schöne Kampfschöpfung. Große Leistungen vollbrachten während diesen 45 Minuten die Schlußtrios auf beiden Seiten. Oberursel hat also wieder einmal durch eine knappe Niederlage die Punkte verloren.

Tabelle nach dem letzten Spieltag:

	Spieler	Tore	Punkte
Bonames	10	28:11	15
Hedderheim	9	28:16	13
Homburg	10	26:17	13
Kirdorf	10	16:16	11
Rödelsheim	9	20:15	10
Edenheim	9	17:16	10
Großkarben	9	16:15	9
Ginnheim	10	16:26	8
Oberursel	10	21:17	7
Otarben	8	7:81	0

Aus Bad Homburg und Umgebung

Aufruf des Bad Homburger Kurtheaters.

Am Donnerstag, dem 20. Oktober, eröffnet das Kurtheater Bad Homburg seine diesjährige Winterpielzeit mit der Aufführung des klassischen Wiedermeler Lustspiels „Die Journalisten“ von Gustav Freytag. Es ist in der heuligen Zeit gewiß ein Wagnis, durch Kunst, durch künstlerische Anregung Wirkungen zu erwarten, die uns aus den Sorgen des Alltags in eine bessere Zukunft blicken lassen. Aber nichts wäre verkehrter, als das aufzugeben, was, erst einmal verloren, in seiner Art niemals wieder hergestellt werden kann. Wir sollen nicht vergessen, wieviel schöne Stunden uns das Theater im Laufe der Jahre schon gebracht hat, wie es uns, wenn wir mitunter schlechtgelaunt und trübsinnig waren, gerettet hat. Wie oft haben wir recht herzlich gelacht, uns recht von Herzen geseht, — und wie oft hat auch uns das Wort eines Dichters erhoben und aufgerichtet. Manches muntere, einschmeichelnde Melodie klingt in unserem Ohre noch nach, wieviel klängevolle Weisen und stolze Schlager. Ja, wenn wir genauer nachdenken, dann erinnern wir uns an unendlich viele Theatererlebnisse, — sie dürfen nicht zu Ende gehen, sie müssen ihre Fortsetzung finden — und deshalb richtet das Kurtheater die dringende Bitte an die Bevölkerung, sich in künstlerischen Ansichten nicht beirren zu lassen, es würde sich einflüßeln rächen. — Das Theater ist immer noch die beste Stätte, Anregung und Freude zu finden, sich auf sich selbst zu besinnen und doch zugleich neue Ansichten kennen zu lernen. Deshalb unterschätze das Publikum seine Bühnen! Jeder Frage dazu bei, daß sie nicht nur diesen Winter, sondern auch noch manchen späteren der Erhellung wie der Erhebung diene! Keiner darf zurückbleiben, der mit gutem Gewissen noch etwas vom Leben erhofft, und sich und den Seinen das Beste verschönern will!

Darum beschütze Euer Theater! Erwerbt ein Abonnement und beeinflusst Eure Freunde in diesem Sinne!

Der Landrat mahnt zur Mäßigung im Wahlkampf.

Der Landrat des Oberlausitzer Kreises hat an die Kreisvorstände der politischen Parteien eine Mahnung gerichtet, mit allen Kräften auf ihre Parteiangehörigen einzulassen, den Wahlkampf zur Reichstagswahl am 6. 11. 32 in anständiger Form mit geistigen Waffen zu führen und ihn nicht in gehässige Auseinandersetzungen, in denen zum Teil die physischen Kräfte eine Rolle spielen, ausarten zu lassen. Deutschland brauche zum Austrag des politischen Kampfes nicht Rohlinge, sondern Männer mit anständiger Gefinnung, deren Ziel darauf gerichtet sei, die einzelnen Bevölkerungsschichten einander näher zu bringen und nicht, sie sich gegenseitig noch mehr zu entfremden.

Der Landrat nimmt gern an, daß die Vorstände der politischen Parteien ihn bei seinem Bestreben, die politische Atmosphäre zu entspannen, nach besten Kräften zu unterstützen bereit sind und bittet deshalb die Kreisvorstände eindringlich, ihre Anhänger von Störungen und gewaltsamen Behinderungen von Versammlungen Anderer fern zu halten. Parteien und Organisationen, deren Anhänger gleichwohl offenbar planmäßig die Versammlungstätigkeit ihrer politischen Gegner in ungesetzlicher Weise behindern und stören, müssen damit rechnen, daß aus ihrem Verhalten möglicher Weise auf Umstände geschlossen werden können, die ein vorbeugendes Verbot der von ihnen selbst geplanten Versammlungen rechtfertigen würde.

Der Landrat ersucht ferner mit allem Nachdruck, daß für zu sorgen, daß Wahlplakate, Wahlausrufe u. dergl. nur an den für öffentliche Bekanntgabe bestimmten Tafeln und Aushängestellen angebracht werden. Es sei ein Zeichen von Ungezogenheit, Plakate, Zettel und dergl. unbefugt an Häuser, Einfriedigungen und sonstige private Einrichtungen zu kleben und Häuserfronten und Straßen mit farbigen Wahlausrufen und anderem mehr zu beschmieren.

Der Landrat gibt ferner der Erwartung Ausdruck, daß es im Wege der Einwirkung der Parteivorstände auf ihre Parteiangehörigen gelingen möge, den Wahlkampf für die kommende Reichstagswahl so zu führen, daß sich die anständigen Parteimitglieder nicht unüberlegter oder gehässiger Taten ihrer Parteimitglieder zu schämen brauchen.

Das Fest der silbernen Hochzeit feiern morgen, Donnerstag, Herr Heinrich Wertheim und seine Frau Babel, geb. Zahnstein, wohnhaft Raabstraße 4 im Stadtteil Airdorf. Wir gratulieren.

OBP. Es sei nochmals auf die heutige, um 8,30 Uhr im Kelleraal stattfindende Wahlversammlung mit Herrn Dr. Kalle als Redner hingewiesen.

Gestorben: Herr Franz Krämer, 60 Jahre, Friedrichsdorf. Beerdigung: Donnerstag nachmittag um 3 Uhr vom Trauerhause aus.

Bei Kranken-Transporten und Unglücksfällen rufen Sie bitte an: Telefon Nummer 2976

Telefon Nummer 2452

Telefon Nummer 2382

Freiw. Sanitätskolonne vom Roten Kreuz

Telefon Nr. 2430 Arbeiter-Samaritaner-Kolonne

Werbet neue Leser!

Kampf um Straßenaulierbeiträge im Stadtparlament.

Anwesend sind 22 Stadtverordnete. Am Magistratsbürgermeister Dr. Eberlein, Belg. Dr. Lipp, die Stadträte Rüdiger, Quirbach, Simon und Will. Um 20.20 Uhr eröffnet Stadtverordneter Debus die Sitzung mit Verlesung einiger Schreiben. Airdorfer und Homburger Freiw. Feuerwehr laden die Stadtverordneten zu ihren Hauptübungen am 22. bzw. 24. Oktober ein. Stadtverordneter Schollner gibt schriftlich zur Kenntnis, daß er sein Stadtverordnetenmandat niedergelegt habe und somit aus den verschiedenen Kommissionen, denen er bisher angehört, ausscheide. Der Bürgerverein Airdorf hat eine Eingabe an das Plenum gerichtet, in der zum Arbeitsbeschaffungsprogramm der Stadt kritische Stellung genommen wird; der Bürgerverein selbst macht Gegenanträge. Das Haus gibt diese Eingabe an den Magistrat weiter.

1. Einführung des Herrn Architekten Georg Schollner als unbesoldetes Magistratsmitglied anstelle des freiwillig ausgeschiedenen Magistratsmitgliedes des Herrn H. Schudt.

Bürgermeister Dr. Eberlein weist in einer kurzen Rede zunächst auf die außerordentlichen Verdienste des aus Gesundheitsrücksichten zurückgetretenen Stadtrats Schudt hin, der bereits von 1910/11 dem Stadtparlament und ab 1924 dem Magistrat angehört habe. Herr Stadtrat Schudt habe sich stets als Mann ruhigen und abgeklärten Charakters bewiesen, bei dessen Entscheidungen niemals die Partei eine Rolle spielte, sondern stets das Gewissen mitsprach. Der Bürgermeister begrüßt dann als Nachfolger von Herrn Schudt den bisherigen Stadtverordneten Schollner. Herr Schollner siehe ja durch seine 20jährige Stadtparlamentstätigkeit sowie durch seine berufliche Tätigkeit vor allem als Leiter des Handwerksamtes in diesem Konnex zur Stadtverwaltung und sei ja kein Neuling mehr im Verwaltungswesen. Der Magistrat begrüßt Herrn Schollners Eintritt in den Magistrat recht lebhaft, da er sich stets nur für das Allgemeinwohl der Stadt eingesetzt habe. Es erfolgt sodann die Vereidigung von Herrn Schollner auf Reichs- und preussische Verfassung.

Stv. Debus spricht namens des Hauses sein Bedauern über das Ausscheiden Herrn Schollners aus dem Stadtverordnetenkollegium aus.

2. Neuwahl eines Schiedsmannstellvertreters für den Stadtbezirk Bad Homburg.

Der Magistrat schlägt vor, Herrn Steinhauermesser Philipp Koller auf drei weitere Jahre wiederzuwählen. Dem Vorschlag wird debattelos zugestimmt.

3. Vorlage der Hauungs- und Kulturpläne für das Wirtschaftsjahr 1933.

Die Hauungs- und Kulturpläne haben bereits der Walddepultation vorgelegen und wurden von diesem Ausschuss genehmigt.

Stv. Riedel (Kom.) wendet sich vor allem dagegen, daß hier die hauptsächlichste Arbeit durch Pflichtenarbeit geleistet werden solle.

Stv. J. H. Denfeld (Soz.) erklärt zunächst, daß seine Freunde diesmal gegen die Oberförsterei nicht mehr in dem Maße Beschwerde führen brauchen, wie es im Vorjahre der Fall gewesen sei, da man vielen sozialen Wünschen, auch der bevorzugten Einstellung von Homburger Arbeitern, Rechnung getragen habe. Die Bezahlung von 75 Pfg. (auschl. Unterführung) für die Pflichtenarbeit pro Tag sei wirklich zu wenig. Man müsse die Frage aufwerfen, ob die Leute nicht wenigstens für diese Arbeit gute Kleidung und Schuhe geliefert bekommen könnten.

Bürgermeister Dr. Eberlein äußerte zunächst, daß diesmal unter keinen Umständen bei der Holzverteilung zugelassen werde, daß der Wald so behandelt werde, wie es im Vorjahre der Fall gewesen sei. Mit dem Popanz der Pflichtenarbeit sei es nicht weit her; denn viele Arbeitsfreie wollten, nachdem die Zehn Tage Arbeit vorbei sei, weiterbeschäftigt werden.

Stv. J. H. Denfeld (Soz.) hat Bedenken, daß alle Erwerbslosen etc. mit Holz bedacht werden. Redner macht den Vorschlag, ein Stück Wald (an Hölleinsfeld-Wege) abzuholzen, dann zu roden, um schließlich als Parzellen verpachtet zu werden. Homburg habe viel Wald, aber wenig Bauplätze. Auf die Art könnte man nun leicht das notwendige Holz für die Erwerbslosen bekommen.

Bürgermeister Dr. Eberlein bittet seinen Vorredner, den Vorschlag in der Walddepultation dem Oberförster vorzutragen. Die Vorlage wird angenommen.

Die Punkte 4 und 6, die sich inhaltlich ungefähr decken, werden verbunden.

4. Anträge der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion betr. Winterhilfe für die Erwerbslosen etc. und Errichtung einer Wärmehalle.

Antrag. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt: Der Magistrat wird ersucht, für die Winterperiode den Erwerbslosen, Armenempfängern und allen aus öffentlichen Mitteln unterstützten sonstigen Personen besondere Zuweisungen wie folgt zu gewähren:

1. Alle aus öffentlichen Mitteln unterstützte Personen erhalten für die Wintermonate pro Familie eine Brennstoffzuweisung von 4 Ztr. pro Monat. Ledige Alleinlebende sind mit der Brennstoffzuweisung in entsprechender Weise zu berücksichtigen.
2. Alle aus öffentlichen Mitteln unterstützte Personen erhalten eine einmalige Barzahlung, gesteuert nach der jeweiligen Kopfzahl der Familie, zum Ankauf von Kartoffeln.
3. Der Magistrat wird ersucht, eine öffentliche Wärmehalle den Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen.

6. Anträge der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion auf Gewährung von Winterhilfen an Wohlfahrts- pp-Empfänger.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion beantragt, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat bzw. den Bezirksfürsorgeverband zu ersuchen, für sämtliche Unterhaltungs- und Rentenempfänger sowie Arbeiter ausreichende Winterbeihilfen für den Haushaltsbedarf zu gewähren.

Zusätzliche beantragt die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion die Benennung von Brennmaterial, Kartoffeln und einem Barzahlung zur Beschaffung und Ergänzung von Winterbekleidung, zu versorgen.

Bei der Belieferung von Brennmaterial schlagen wir vor, außer der vom Magistrat geplanten Holzbelieferung, zusätzlich den Unterhaltungs- und Rentenempfänger sowie den Arbeitslosen, die einen eigenen Haushalt führen, pro Monat zwei Zentner und den Alleinlebenden einen Zentner Briketts oder Kohlen zu gewähren.

Bei der Beschaffung von Kartoffeln soll so verfahren werden, daß Erwachsene mit zwei Zentnern und Kinder unter 14 Jahren mit einem Zentner beliefert werden.

Als Barzahlung für Beschaffung von Winterbekleidung schlagen wir, die in den Vorjahren gewährten Beträge auch in diesem Jahre zu bewilligen.

Stv. Riedel (Kom.) glaubt, der Magistrat sei heute froh, daß er infolge der Zwangsverwaltung nicht mehr die zuständige Instanz für Winterhilfeanträge sei. So schlecht, wie unter dem jetzigen „Papen-Regime“ sei es in den letzten 10 Jahren noch nie gewesen. Die Städte müßten einfach zur Selbsthilfe greifen. Der Magistrat wolle jetzt eine 500%ige Bürgersteuer durchbringen, um so den dann anstehenden Reichszuschuß zu bekommen. Der SPD-Antrag solle nichts Bestimmtes darstellen, vielmehr sollten die Stadtverordneten durch seine Annahme einmal bekunden, daß unbedingt etwas für die Arbeitslosen getan werden müsse.

Stv. H. Schmidt (Soz.) ist der Auffassung, daß es wohl möglich sei, den Arbeitslosen zu helfen. Deutschland habe an allem Ueberfluß. Mit den Kartoffeln wisse man nicht wohin; die Kohlenhäfen seien gefüllt, aber das Volk hungere und friere. Das Reich könne für die riesigen Subventionen an Schwerindustrie und Großagrarier wenigstens etwas Ware verlangen, die dann an die Arbeitslosen zur Verteilung kommen könnten.

Stv. Heubel (Ztr.) hält es für erforderlich, daß einmal dem Handwerk und Gewerbe geholfen werde, um so auch dem Arbeiter Brot zu geben. Die bisherigen Maßnahmen der Regierung seien unzulänglich, wenn man bedenkt, daß sie für die Schwerindustrie Millionen übrig hat.

Belg. Lipp erklärt, daß der Magistrat die Anträge dem Bezirksfürsorgeverband weiterleiten werde.

Stv. Debus (DBP.) ist der Auffassung, daß das Reich die Pflicht habe, seine Bürger vor Hunger und Kälte zu schützen. Die Wirtschaft sei in den letzten Jahren zu stark belastet worden, und deshalb sei es vor allem zum heutigen Zusammenbruch gekommen. Das Stadtparlament habe heute leider kein Mitbestimmungsrecht mehr.

Stv. Hoed (DBP.) macht den Vorschlag, die Stadtverordneten sollten zugunsten der Erwerbslosen oder Winterhilfe auf ihre Diäten verzichten.

Bürgermeister Dr. Eberlein gibt einige Zahlen zur Kenntnis, die schlaglichtartig die gespannte Finanzlage der Stadt beleuchten. Durch Erhöhung der Kreisumlage von 40 auf 55%, durch Steuermindereinnahmen und Gewährung von Mietbeihilfen sei bei einkommensschwachen Bürger für Oktober-Dezember das angenommene Stadtbudget von 200000 Mark bereits auf 350000 Mark gestiegen. Die Anträge werden einstimmig angenommen.

5. Anträge der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion betr. Straßenaulierbeiträge der Trift- und Heuchelheimerstraße.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt: Die Straßenaulierbeiträge der Triftstraße und Heuchelheimerstraße (ausgenommen die Südseite: Anwesen Prinz Adalbert) werden zur Hälfte des Gesamtbetrages von der Stadt übernommen. Die weitere auf die Anlieger entfallende Hälfte wird gestundet.

Stv. Riedel (Kom.) begründet in längeren Ausführungen seinen Antrag. In der Trift- und Heuchelheimerstraße habe man es mit Proletariern und Kleinbürgern zu tun, die unmöglich jetzt die 56 RM. Anliegerkosten pro laufenden Meter zahlen könnten. Die Umlage der Triftstraße habe diese großen Kosten verursacht; im übrigen sei in der Triftstraße unsachgemäß gearbeitet worden, deshalb sei die Erstellung dieser Straße auch so teuer gekommen.

Belg. Lipp erwidert u. a., die Triftstraße sei nicht als Autostraße gedacht gewesen, sondern habe sich so später entwickelt.

Stv. Heubel meint, 17 Jahre habe es gedauert, bis man die Anliegerbeiträge für die jetzt vollendeten Straßen anforderte. Man könnte jetzt die fraglichen Beträge auch weiterhin stunden.

Bürgermeister Dr. Eberlein weist einen Vorwurf des Stv. Riedel, der Magistrat werde bezüglich der Anliegerbeiträge (Riedel brachte einen angeblichen Fall in der Hölleinsfeldstraße vor) mit zweierlei Maß messen, mit aller Entschiedenheit zurück. Als Stv. Riedel in dieser Angelegenheit dem Bürgermeister mit einer Zwischenbemerkung antwortet, verläßt dieser, da er sich gegen die Angriffe nicht geschützt glaubt, ostentativ den Saal.

Stv. Riedel (Kom.) verlangt, daß, wenn das auch nicht so rechtlich sein sollte, das Anwesen des Prinzen Adalbert nicht die Vergünstigung seines Antrages erhalte. Der Redner erklärt weiter, daß er seine Behauptung vom „zweierlei Maß“ im Ausschuß gerne unter Beweis stelle. Antrag geht an die Vereinigten Anschließende.

Interpellation: Stv. Denfeld (DBP.) führt Beschwerde über den schlechten Zustand des Siedler Weges in Airdorf, Stv. Birkenfeld (Ztr.) desgl. über den Weißkreuzweg, Stv. Debus (DBP.) über den Bommersheimerweg und Stv. Elling (SPD) schließlich über die Feldbergstraße. — In der Geheim Sitzung wurde u. a. die endgültige Anstellung des Poliz.-Hptm. Dost besprochen.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Nach Genehmigung des Bezirksausschusses in Wiesbaden und Zustimmung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau wird gemäß § 65 des Kommunalabgabengesetzes hiermit bekannt gemacht, daß für das Rechnungsjahr 1932 folgende Gemeindesteuern zur Erhebung kommen:

- 370% der staatl. Grundvermögenssteuer vom bebauten Grundbesitz.
- 323% der staatl. Grundvermögenssteuer vom landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Grundbesitz.
- 450% der Gewerbesteuer nach dem Ertrage.
- 480% der Gewerbesteuer nach dem Ertrage bei Betrieben der Gastwirtschaft, der Schankwirtschaft, sowie des Kleinhandels mit Branntwein, oder nicht denaturiertem Spiritus.
- 540% der Gewerbesteuer nach dem Ertrage bei Filialbetrieben auswärtiger Versicherungs-, Bank-, Kredit- und Warenhandelsunternehmungen.
- 1000% der Gewerbesteuer nach dem Kapital und 1200% der Gewerbesteuer nach dem Kapital bei Filialbetrieben auswärtiger Versicherungs-, Bank-, Kredit- und Warenhandelsunternehmungen.

Die Steuerpflichtigen sind berechtigt, bei der Grundvermögenssteuer den über 100% hinausgehenden Gemeindesteueraufschlag auf die Mieter umzulegen.

Bad Homburg v. d. G., den 18. Oktober 1932

Der Magistrat.

Täglich Wochent. 4 6,15 8,30
Sonntags 3 5 7 9



PALAST

Groß-Frankfurt Frankfurt a. M.

Der Ufa-Großfilm der sogar den Besuch von „Kongreß tanzt“ übertrumpft:

Der blonde Traum

Willi Fritsch — Lillian Harvey — Willi Forst

Neues Abkommen mit Italien.

Sperremaßnahmen aufgehoben. — Ätliche Handelsbilanz festgelegt.

Berlin, 18. Oktober.

Mit Italien ist ein neues Devisenabkommen geschlossen worden, das am 16. Oktober in Kraft getreten ist. Mit diesem Zeitpunkt sind die von der italienischen Regierung verhängten Sperremaßnahmen für Zahlungen nach Deutschland aufgehoben worden.

Das neue Abkommen unterscheidet sich von dem im Juni dieses Jahres abgeschlossenen Abkommen vor allem dadurch, daß nunmehr ein bestimmtes Verhältnis zwischen der deutschen Ausfuhr nach Italien und der italienischen Einfuhr nach Deutschland vereinbart worden ist. Diese neue Bestimmung ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil damit die Ätlichkeit der deutschen Handelsbilanz gegenüber Italien festgelegt ist.

Handelsvertragskündigung.

Neuregelung der englisch-russischen Beziehungen

London, 19. Okt. In einer Unterhauserklärung begründete Thomas die Kündigung des englisch-russischen Handelsvertrages von 1930 mit dem Abkommen zwischen England und Kanada, das erforderliche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Wirksamkeit der Präferenzen gegenüber einer Durchkreuzung durch das Ausland vorsehe.

Deshalb sei durch eine Note an den russischen Geschäftsträger der Vertrag mit sechsmonatiger Frist gekündigt worden. Gleichzeitig habe die britische Regierung ihren Wunsch nach Förderung der Handelsbeziehungen und ihre Bereitschaft zu baldigem Verhandeln zum Ausdruck gebracht.

Schweres Eisenbahnunglück in Rumänien

24 Tote, 10 Schwerverletzte.

Bukarest, 18. Oktober.

Im Bahnhof der früher ungarischen, seit 1919 rumänischen Stadt Temesvár entgleiste ein Teil eines Eisenbahnzuges. 24 Personen wurden dabei getötet, 10 schwer verletzt.

Bei dem verunglückten Zuge handelt es sich um einen Güterzug, der einen Personenwagen mitführte, in dem 24 Bahnarbeiter saßen. Die Weiche wurde umgestellt, bevor noch die letzten Wagen die Weiche passiert hatten. Ein Wagen sprang aus den Schienen und rannte mit voller Geschwindigkeit gegen einen Eisenmast der Telegrafenleitung; er wurde dabei völlig zertrümmert.

Zugzeugen der Katastrophe erzählten, daß der dort Personenwagen folgende Packwagen auf den entgleisten Wagen aufgesprungen sei. Dadurch seien zahlreiche Insassen des verunglückten Wagens förmlich gerädert worden, wodurch sich erkläre, daß die meisten Leichen geradezu zerstückelt seien. Der Weichensteller soll angeblich an dem Unglück keine Schuld haben, da die Weiche auf elektromagnetischem Wege umgestellt worden sei. Der verunglückte Wagen soll aus den 60er Jahren stammen und vollkommen baufällig gewesen sein.

Politisches Allerlei.

Hitler in Königsberg.

Von Ätlich kommend sprach Adolf Hitler in Königsberg vor einer überfüllten Massenversammlung. Er betonte, daß die NSDAP, wenn einmal zur Macht gekommen, diese nicht mehr aus den Händen lassen werde.

SA-Mann als Postkassierer.

Vom Schöffengericht Traunstein war der Postkassierer und SA-Mann Reisinger von Ätlich, der ein dienstliches Telegramm betreffend das SA-Verbot an das Bezirksamt Ätlich nicht rechtzeitig zugestellt hat, zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden. In der Berufung wurde die Strafe auf einen Monat Gefängnis herabgesetzt, weil angenommen wurde, daß sich der Angeklagte als SA-Führer in einer gewissen Zwangslage befand.

Saßbefehl wegen der Sprengstoffanschläge in Schlesien.

Gegen den Oberführer der SA-Untergruppe Mittel-Schlesien, Obernith, und seinen Adjutanten, den Grafen Spreth, ist im Zusammenhang mit den Sprengstoffanschlägen im Kreis Rumpshaus Saßbefehl erlassen worden. Beide werden festdrücklich gesucht. Die Ermittlungen haben ferner zur Festnahme eines SA-Mannes aus Reichenbach geführt.

Hergt in Oberursel!

Unser Spitzenkandidat für den Reichstag Vize-Kanzler a. D.

Exzellenz Hergt, Berlin und Pfarrer Struckmeier, Frankfurt sprechen

Donnerstag, den 20. Oktober, abends 8 Uhr, im Frankfurter Hof in einer öffentlichen Wahlversammlung über

Nationaler Staat — Keine Parteiwirtschaft!

Beginn pünktlich 8 Uhr, da Exzellenz Hergt am gleichen Abend noch anderwärts spricht. Eintritt frei.

Deutschnationale Volkspartei
Ortsgruppe Oberursel.

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Oberursel.

Steuer-Wahnung.

Die rückständigen Grundvermögens- und Hauszinssteuern sowie die Schulgelber für den Monat Oktober werden hiermit zur Zahlung innerhalb 3 Tagen angemahnt.

Nach Ablauf dieser Frist wird mit der kostenpflichtigen Beitreibung der dann noch rückständigen Beträge begonnen. Außerdem sind für alle verspätet eingehende Zahlungen Verzugszuschläge zu entrichten.

Oberursel, den 19. Oktober 1932.

Stadtkasse Oberursel (Es.)

Homburger Volksbank e. G. m. b. H. in Liquidation

Nachdem die Vorbereitungsarbeiten zur Ausschüttung der in der außerordentlichen General-Versammlung vom 7. Juli 1932 beschlossenen Aufwertungsquoten beendet sind, geben wir unseren Mitgliedern und Spareinlegern hiermit davon Kenntnis, daß die Auszahlung buchstabenweise an den nachstehend verzeichneten Tagen stattfindet:

- Buchstabe A — C Donnerstag, den 20. Oktober 1932,
" D — F Freitag, den 21. Oktober 1932,
" G — J Montag, den 24. Oktober 1932,
" K — M Dienstag, den 25. Oktober 1932,
" N — S Mittwoch, den 26. Oktober 1932,
" Sch — U Donnerstag, den 27. Oktober 1932,
" V — Z Freitag, den 28. Oktober 1932.

Die Auszahlung erfolgt im Kassenraum der Frankfurter Genossenschafts-Bank, Geschäftsstelle Bad Homburg, Luisenstraße 63. Zwecks einer flotten Abwicklung bitten wir, sich an die oben angegebenen Auszahlungstage zu halten. Anteilbücher und Sparbücher sind vorzulegen.

Bad Homburg, den 18. Oktober 1932.

Homburger Volksbank e. G. m. b. H. in Liquidation

Von der Reise zurück

Dr. E. Rosenthal

Zahnarzt

Kaiser Friedrich-Promenade 49-51
Telefon 3091



Dauerbrand-Öfen

Marke Jans, Cora, Rheinland, Concordia in grosser Auswahl vorrätig. Billige Preise. Auch einige Öfen unter dem regulären Preis.

Martin Reinach

Eisenhandlung
Bad Homburg
Luisenstr. 18 Telefon 2932

Sorgen Sie frühzeitig für die Entschuldung Ihrer Hypothek.

Wir geben nach kurzer Spar- und Wartezeit auf ca. 20 Jahre unkündbare Hypotheken

Sie zahlen nur eine mit Tilgung v. 50 M. für Mk. 10000.— einschl. Zinsen und sind in ca. 20 Jahren schuldenfrei.

Sie zahlen bei Ihrer Bank heute auch ca. Mk. 50.— für Zinsen u. ihre Hypothekenschuld bleibt immer noch Mk. 10000.—

Ihr Eigenheim erhalten Sie gleichermaßen schnell und billig.

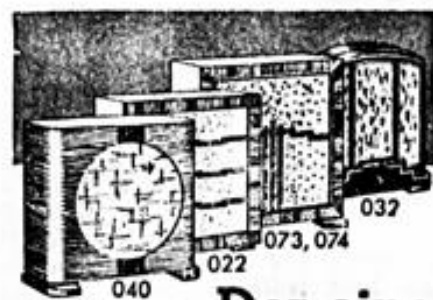
Treuhand, Verwaltung der Spareinl. d. Beauftragung der Handwerkskammer Köln.

Verlangen Sie kostenlose Auskunft und Prosp. durch

Deutscher Bausparer A. G. Köln

Bez. Dir. Frankfurt M., Hochstr. 24, Tel. 28260

Ohne Umsatz / Kein Gewinn!



Der eine wie der andere

Siemens-Lautsprecher holt aus jedem Empfänger das Beste heraus. Unter diesen Wiedergabegeräten finden Sie bestimmt eins, das Ihnen nach Klang, Form und Preis zusagt.

- | | |
|-------------|----------|
| Siemens 022 | RM 29,— |
| Siemens 032 | RM 39,— |
| Siemens 040 | RM 44,— |
| Siemens 073 | RM 75,— |
| Siemens 074 | RM 71,50 |



Verkauf durch
Frankfurter Localbahn A. G.
Bad Homburg,
Ausstellung: Ludwigsstraße 12.

Zwieback- u. Kekse-Bruch

täglich frisch
Arrabin's

Zwiebackfabrik,
Bad Homburg,
Elisabethenstraße 37.

Darlehen
zur Abklopfung Ihrer Verbindlichkeiten zur Vergrößerung Ihres Geschäftes, zur Neu-einrichtung, Existenzgründung, Tilgung v. hochverzinslichen Hypotheken und Bankkredit, zum Kauf von Möbeln, zu sonstigen Zwecken erhalten Sie durch Arch. Max Kabe, Homburg, Ohmstrasse 16, Sprechzeit Werktag nachmittags 4-6 od. nach Vereinbarung.

Schöne sonnige 3-Zimmer-Wohnung im 2. St. mit abgeschl. Vorplatz u. Ranf. v. 1 Nov. d. verm. J. erf.
Bad Homburg
Elisabethenstr. 38

Hunde abzugeben
Frankfurt
Weiser 24

Reklame
der Weg zum Erfolg



Technik für Alle

Monatshefte für
Technik u. Industrie

12 reichillustrierte Hefte und
4 kostenlose Bücher im Jahr.
Bezugspreis RM 2.25 im Vierteljahr. Verlangen Sie kostenlos Probeheft vom Verlag
Dieck & Co, Stuttgart

Eine Zeitschrift,
die belehrt
und unterhält!

Bad Homburger Neueste Nachrichten

Beilage zu Nr. 246 vom 19. Oktober 1932

Sonderbeilage, 19. Oktober.

1693 Gründung der Universität Halle.
1806 Goethe wird mit Christiane Vulpius in der Sakristei der Schlosskirche zu Weimar getraut.
1812 Napoleon tritt den Rückzug aus Moskau an.
1863 Der Dichter Gustav Freytag in Berlin geboren.
1924 Der Militärschriftsteller General Hugo von Freytag-Loringhoven in Weimar gestorben.

Sonnenaufgang 6,30 Sonnenuntergang 16,59
Mondaufgang 18,45 Monduntergang 12,09

Die Separatistenliste.

Geldstrafe im Frankfurter Prozeß.

Frankfurt a. M., 18. Oktober.

Im Beleidigungsprozeß des Landesgerichtsrats Dr. Schmitz-Wiesbaden gegen den Redakteur Voeltner wurde nach achttägiger Verhandlung das Urteil verkündet. Redakteur Voeltner wurde wegen Beleidigung in zwei Fällen zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der Verteidiger Voeltners hatte u. a. ausgeführt, schon von März 1919 an sei es durchgesickert, daß die Franzosen hinter der Dortenbewegung standen. Was Schmitz bei Dorten machte, werde man nie erfahren, denn 1934 werden die Älten geschlossen Verjährung eingetreten sein. Der Name Schmitz sei zu Recht in die Separatistenliste aufgenommen worden, zum mindesten lasse sich dem Angeklagten der gute Glaube nicht absprechen; er könne höchstens wegen Formalbeleidigung bestraft werden.

Der Anwalt des Klägers betonte, der von Amtsgerichtsrat Schmitz unterschriebene Aufruf sei damals von den besten Männern des Rheinlandes unterzeichnet worden. Als der Kläger dies tat, sei er 28 Jahre im Dienst gewesen, er habe sein Vermögen ausschließlich in Kriegsanleihe angelegt. Sei es denkbar, daß solch ein Mann Landesverrat begehe? Der Anwalt ging dann auf die politische Konstellation in damaliger Zeit ein und suchte den Nachweis zu führen, daß die Bewegung nicht nur gutgläubig und legitim, sondern auch politisch klug war, denn sonst hätten sich nicht Persönlichkeiten wie Prälats Kaas dafür eingesetzt. Der Kläger habe gutgläubig gehandelt. Dafür spreche, daß er am 1. Juni 1919 den Schauspiel verließ. Durch sein Auftreten bei Dorten gab der Kläger seine Ablehnung zum Ausdruck, und wenn Dorten dies nicht erkannt hätte, wäre er sicher noch einmal an Schmitz herantreten. Keiner der Zeugen habe etwas Positives über die Tätigkeit des Klägers in der Bewegung sagen können.

Die sehr ausführliche Urteilsbegründung schloß mit der Feststellung, daß sich aus der Beweisaufnahme kein Anhaltspunkt für die Anprangerung und Beschimpfung des Klägers Dr. Schmitz als Separatist und Franzosenfreund ergeben habe. Der von dem Beklagten Voeltner verurteilte Wahrheitsbeweis müsse demnach als nicht gelungen angesehen werden.

Gegen das Urteil gibt es nach den Bestimmungen der Notverordnung keine Revision mehr. Der Angeklagte hat auch die Kosten der vier Instanzen zu tragen.

Nächliche Fischertragödie.

Mit dem toten Sohn auf gekenterten Boot 11 Stunden in der Ostsee getrieben.

Stettin, 19. Okt. Der Kapitän des zum Hafenbauamt Swinemünde gehörenden Regierungsdampfers „Walter Körte“ bemerkte am Dienstag gegen Mittag in der Swinemünder Bucht, etwa drei Meilen von Roserow entfernt, ein Kleinen treibendes Boot. An dem Boot hatte sich ein Mann angeklemmt. Nachdem der Schiffbrüchige an Bord genommen wurde, wurde die Leiche eines jungen Mannes entdeckt, die an dem kleinen Fahrzeug festgebunden war. Der Dampfer nahm sofort Kurs auf Swinemünde. Hier wurde der ältere Mann ins Krankenhaus eingeliefert. Es handelt sich um den 53-jährigen Fischer Otto Haack aus dem Ostseebad Zimmowitz. Nachdem Haack das Bewußtsein wiedererlangt hatte, erzählte er, daß er mit seinem 25-jährigen Sohn am Montag nach-

mittag mit seinem kleinen Fahrzeug in See gefahren sei. Gegen 11 Uhr abends seien sie von dem plötzlich aufkommenden Sturm überrascht worden und gekentert. Er und sein Sohn hätten sich an dem kleinen treibenden Boot festgehalten. Bei dem stundenlangen verzweifelten Kampf gegen die hohen Wellen habe der Sohn plötzlich die Kräfte verloren. In seiner Todesangst habe er den Sohn angefaßt, um ihn ja nicht zu verlieren. Der Gerettete gibt an, daß der Tod gegen 3 Uhr morgens eingeetreten sei. Dann hat Haack den Kampf auf dem gekenterten Boot elf Stunden gegen Wellen und Sturm aufgenommen, bis endlich die Rettung durch den Dampfer nahte.

Der Bergungsdampfer fuhr mit der Flagge „halbtot“ in den Swinemünder Hafen ein.

Schlagwetterexplosion bei Aachen.

Aachen, 19. Okt. Auf der 340-Meter-Sohle der Zeche der Gewerkschaft „Sophia Jakobä“ in Hückelhoven hat sich in der Nacht gegen 1.30 Uhr eine Schlagwetterexplosion ereignet. Ein Bergmann wurde getötet, elf wurden verletzt. Von den Verletzten kamen sechs unmittelbar durch die Explosion zu Schaden, während fünf weitere bei dem Versuch, ihren Kameraden zu helfen, durch Einatmen von Nachschwa- den verunfallten. Bei drei der Verletzten besteht Lebensgefahr.

Bischöfe und Konnersreuth.

Die Forderung nach klinischer Untersuchung.

München, 18. Oktober.

Die bayerischen Bischöfe haben, wie schon kurz gemeldet, auf der diesjährigen Bischofskonferenz in Freising den Beschluß gefaßt, Theresie Neumann und deren Eltern aufzufordern, daß die Stigmatisierte von Konnersreuth sich einer neuerlichen Untersuchung in einer Universitätsklinik unterzieht. Diese Mitteilung wurde von der Kanzel des Regensburger Domes bekanntgegeben. In dieser Predigt sprach Domprediger Rohrmüller über den Standpunkt der Kirche, wobei er die bekannten „Grundsätze über Konnersreuth“ von Kardinal Faulhaber zugrunde legte. Es müsse sich ohne seelische Mißhandlung durch die medizinische Wissenschaft feststellen lassen, ob die Nahrungslosigkeit, ob die Wundmale, die Fernkommunion auf natürliche Ursachen zurückgeführt werden können. Es müsse sich durch Kenner der orientalischen Sprache feststellen lassen, ob die angeblich aramäischen Laute, die Theresie Neumann spricht,

wirklich Worte aus dem Dialekt sind, den Christus gesprochen hat,

oder ob diese Worte durch Suggestion beigebracht worden sind. Auch die Glaubenswissenschaft, besonders die Wissenschaft von der Mystik, würde diese Tatsachen näher zu untersuchen haben, und dann, so sagt Kardinal Faulhaber in seinen Grundätzen, kann die Kirche ein endgültiges Urteil fällen. Wenn nun Theresie Neumann oder die Eltern, die ein Hindernis bilden, nicht darauf eingehen — denn sie können nicht gezwungen werden —, so ist es selbstverständlich, daß die Kirche sich nicht weiter damit beschäftigen kann.

Bereits am 14. und 29. Juni 1927 fand auf Anordnung des verstorbenen Bischofs von Regensburg eine Untersuchung, und zwar in Konnersreuth selbst, statt. Sowohl im Bericht des Amtsblattes der Diözese Regensburg wie im Bericht des Psychiaters, Universitätsprofessor Dr. Ewald, wurde auf Grund eidlicher Zeugenaussagen die absolute Enthaltensamkeit der Stigmatisierten von Speise und Trank durch einen 14tägigen Zeitraum festgestellt. Ferner wurde festgestellt und von Professor Ewald mit Beweisen belegt, daß die Stigmata der Theresie Neumann nicht auf betrügerische Weise hervorgebracht wurden.

Schlaganfall Gandhis?

Von den Behörden geheimgehalten?

London, 18. Oktober.

„Daily Herald“ zufolge hat Gandhi im Gefängnis einen Schlaganfall erlitten. Das Blatt meldet im Einzelnen: Persönliche Freunde Gandhis in London teilten gestern Abend mit, daß sie die Nachricht vermittelst eines geheimen Nachrichtenendienstes erhalten hätten, der eingerichtet worden sei, damit Gandhis Freunde trotz der scharfen Zensur der Regierung von Indien zuverlässige Nachrichten über ihn erhalten.

Nach Mitteilung der Freunde ist der Mahatma kurze Zeit nach Beendigung seines für die Unberührbaren unternommenen Fastens im Yerabda-Gefängnis vom Schlag getroffen worden. Seine Erkrankung sei der Grund dafür gewesen, daß die Regierung von Indien plötzlich seinen Verkehr mit den auswärtigen Besuchern untersagte. Außerordentliche Vorsichtsmaßnahmen seien getroffen worden.

Der amerikanische Tagelager von Gandhis Zustand der Bevölkerung von Indien bekannt wird.

Nach einer Neutermeldung aus Puna wird die Nachricht, wonach Gandhi einen Schlaganfall erlitten haben soll, amtlich demontiert.

Der deutsch-polnische Grenzzwischenfall.

Stuhm, 18. Okt. In Weissenberg erfolgte eine sechs Stunden dauernde Besichtigung des Ortes, an dem der Grenzzwischenfall passierte. Der polnische Starost aus Meve hatte der Einladung des Stuhmer Landrates Dr. Zimmer Folge geleistet. In seiner Begleitung befanden sich ein polnischer Amtsrichter und die fünf Soldaten, die auf den Arbeiter Franz Schweiß geschossen und ihn dann nach Polen verschleppt haben. Wie verlautet, ergaben sich erhebliche Widersprüche zwischen den Angaben der deutschen Augenzeugen und denen der polnischen Soldaten.

Gefängnis für Effektschieber.

Berlin, 18. Okt. Das Schnellschöffengericht verurteilte nach dreitägiger Verhandlung den ehemaligen Gerichtsassessor Dr. Böhm wegen schwerer Urkundenfälschung zu zwei Jahren Gefängnis und 6400 Mark Geldstrafe, den Bankremittent Bud wegen fortgesetzten Devisenvergehens zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe und den Bankprokuristen Wollsteiner zu 20 000 Mark Geldstrafe. Die Angeklagten hatten Effekten im Werte von mehr als drei Millionen Mark als Auslandsbesitz veräußert und den Erlös im Auftrag der Ausländer an Inländer gegeben.

Belgische Regierung zurückgetreten.

Auflösung von Kammer und Senat? — Regimewechsel.

Brüssel, 19. Oktober.

In belgischen Kabinettsrat, der Dienstag Abend stattfand, haben die liberalen Minister ihren Rücktritt erklärt, da Ministerpräsident Renkin sich weigerte, die Auflösung von Kammer und Senat durchzuführen. Daraufhin ist das ganze Kabinett zurückgetreten. Man rechnet nun mit einem Geschäftsministerium, das als einzige Aufgabe hat, Kammer und Senat sofort aufzulösen. Es handelt sich nicht um eine gewöhnliche Parlamentskrise, sondern um eine Krise des ganzen Regimes.

Druck auf Deutschland?

Neuer englischer Schritt in der Abrüstungsfrage.

London, 19. Oktober.

Die englische Regierung plant einen neuen Schritt in der Abrüstungsfrage, den man wohl eher als einen Vorstoß und einen Druck auf Deutschland betrachten kann. Darauf deutete schon die Rede Macdonalds hin, die eine Warnung nach Berlin enthielt. Daß gleichzeitig ein neuer Schritt bei der Reichsregierung erfolgte mit einer nochmaligen Einladung nach Genf, obwohl Berlin den Sitz des Völkerbundes als Konferenzort schon wiederholt abgelehnt hatte, bekräftigt diesen Eindruck.

Im britischen Unterhaus erklärte der Außenminister Sir Simon in Beantwortung einer Anfrage über die Viermächtekonferenz, es sei bisher unmöglich gewesen, sich über den Konferenzort zu einigen. Die britische Regierung erwäge jedoch einen neuen Schritt, um eine Einigung herbeizuführen.

„Morning Post“ glaubt, daß das Abrüstungsproblem jetzt entscheidender in den Vordergrund rücken werde. Es verlautet, daß Macdonald in der Kabinettsitzung einen neuen Vorschlag unterbreiten werde. Ueber den Inhalt des neuen Planes weiß man noch nichts Bestimmtes, es besteht aber wenig Hoffnung, daß die englische Regierung sich weit von der französischen Haltung entfernen wird.

In unterrichteten Kreisen Berlins nimmt man an, daß bei der Unterredung des englischen Geschäftsträgers mit dem Reichsaussenminister Freiherr von Neurath auch noch andere als die offiziell zugegebenen Gesichtspunkte eine Rolle gespielt haben, vielleicht sogar der Gedanke eines direkten deutsch-englischen Meinungsaustausches, ferner

die Frage eines Erlahortes

der Konferenz. Zwar hat die Reichsregierung keinen formellen Einspruch gegen Lausanne erhoben, aber zum Ausdruck gebracht, daß ihr diese westschweizerische Stadt mit ihrer feindlichen Einstellung nicht gerade angenehm wäre. Der Reichsaussenminister hat auch darauf hingewiesen, daß wegen der Reichstagswahlen ein früherer Termin als Mitte November nicht in Betracht komme.



Wo man fragt, empfiehlt man „Saba“

Wenn Sie die beste Cigarette haben wollen,
müssen Sie „Saba ohne“ verlangen.
Warum? Weil „Saba ohne“
von einer Qualität ist,
wie sie noch vor kurzem
für eine 3 1/3-Pfg.-Cigarette
unerreichbar schien.



15. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Der Fremde stellte sich vor als Leo Hansen, Angestellter eines Königsberger Konfektionsgeschäftes. Auch er siehe völlig allein in der Welt, erzählte er; er schloße sich fast nie an andere Menschen an, nur ich hätte ihm auf den ersten Blick so gut gefallen. Er wolle alles versuchen, mir zu helfen.

Zuerst riet er mir, das Zimmer aufzugeben, das ich mir genommen hatte; es sei zu teuer für mich. Er kenne eine Frau, die ein viel billigeres und sehr hübsches Zimmer abzugeben habe. Am selben Abend noch brachte er mich zu seiner Bekannten, und am nächsten Morgen zog ich dort ein.

Von da an war ich täglich mit Leo Hansen zusammen. Er war so gut, so liebevoll zu mir, wie niemand mehr, seitdem meine Eltern tot waren. Er hatte es bald fertiggebracht, mir in einem Stickerelgeschäft Anstellung zu verschaffen, wo man meine sorgfältigen Stickerelien — ich hatte diese Fertigkeit im Kloster erlangt — nicht einmal schlecht bezahlte. Ich verdiente so viel, daß ich mich von meinem Verdienst erhalten und das Erbe meiner Großmutter als Notpennig zurückerlegen konnte.

Mein Verhältnis zu Leo Hansen war inzwischen vertrauter geworden. Er besuchte mich häufig, und meine Wirtin hatte nichts dagegen, da sie mich liebgewonnen hatte, wie ich damals annahm; später erst erfuhr ich, daß sie sich diese ihre Zuneigung von meinem Freund teuer genug bezahlen ließ. Mein Beschützer jedenfalls kam öfter und öfter, und er wußte nicht, wie er mir seine Zuneigung beteuern sollte. Sein bescheidenes Gehalt — so erzählte er mir — ließe keine großen Geschenke zu; aber er erfreute mich durch seine kleinen Blumenpenden und durch Federeten nicht weniger, als er es durch kostbare Gaben vermocht hätte. Mir genügten die Liebe und die Verehrung, die aus seinen Geschenken sprach und aus seiner rührenden Fürsorge, mit der er mich umgab.

Es waren die schönsten Wochen meines traurigen Lebens, die ich damals in Königsberg verbrachte, und ich glaube, sehr glücklich zu sein. Bald nannte mich Leo Hansen seine kleine Braut, und es stand für mich fest, daß er mich heiraten würde, sobald er die versprochene Gehaltserhöhung bekam. Wie kam mir der geringste Zweifel an der Aufrichtigkeit seiner Versicherungen, an der Wahrheit seiner Versprechungen. Ich legte mein Geschick vertrauensvoll in seine Hände, genoß mit stillem Entzücken und mit strahlender Dankbarkeit seine Fürsorge, seine zarten Liebespflegen.

Inzwischen war Weihnachten herangekommen; wir verbrachten das Fest im Vollbesitz unserer gegenseitigen Liebe, und an den kleinen Geschenken erfreuend, die wir sorgfältig füreinander ausgesucht hatten. Wir beschloßen, den Silvesterabend auch bei mir in meinem kleinen behaglichen Zimmer zu feiern.

Ich mußte Leo versprechen, ihn für die Bewirtung sorgen zu lassen. Er kam, beladen mit vielen kleinen Paketen. Freudenstrahlend packte er allerlei Delikatessen aus. Und dann hatte er Wein mitgebracht, süßen Likör und sogar zwei Flaschen Sekt. Es sei nur einmal im Jahre Silvester, erwiderte er auf meine Vorwürfe wegen seiner Verschwendung, da dürfe man wohl einmal über den Strang hauen, vor allem, wenn man eine so entzückende Braut habe wie er.

Dann deckten wir gemeinsam den Tisch und waren so lustig und vergnügt wie zwei Kinder. Wir ließen uns die seltenen Federbissen herrlich schmecken. Nur der schwere Wein bekam mir nicht sonderlich gut; schon nach den ersten beiden Gläsern wurde ich müde von dem ungewohnten Getränk. Leo lud es ermunterte mich immer weiter zum Trinken, schenkte immer wieder ein: Wein, Likör, Sekt — alles durcheinander. Ich kann mich nur noch ganz dunkel an die Stunden dieser Silvesternacht erinnern.

Als ich erwachte, war es früher Morgen. Ich lag entschlendert in meinem Bett, und neben mir, tief atmend, lag Leo. Entsetzt fuhr ich in die Höhe, wollte schreien und fand keinen Laut. Meine Glieder waren schwer wie Blei, im Gehirn fühlte ich eine Blutleere. Wie tot sank ich in mein Kissen zurück. Dann plötzlich brach ich in heftiges Schluchzen aus. Der Mann neben mir wurde wach. Er sprach zärtliche, begütigende Worte, daß er mein Bräutigam sei, daß ich bald seine Frau würde und daß ich doch ja nicht weinen solle; es sei doch nur Selbstverständliches geschehen. Er bot all seine Liebe auf, um mich aus neuer zu befreien — und ich ließ es geschehen.

Von jetzt an war ich ihm ganz verfallen, mit Leib und mit Seele. Er blieb nun oft die Nächte da. Aber er wurde ganz anders zu mir als vor diesem Silvesterabend. Nichts mehr war zu spüren von Liebe und Zärtlichkeit — ni ja war da als brutales Bestürmen, wilde Lust. Wenn ich mich gegen ihn wehren wollte, sagte er immer wieder: Dummechen, was willst du, bald bist du meine Frau.

Dann merkte ich, daß er meiner langsam überdrüssig wurde. Es überfiel mich tödliche Angst; ich bot all meine Liebe auf, ihn zu halten. Niemals mehr brachte er mir die kleinste Gabe, keines der hübschen Frühlingssträußchen, die für billiges Geld überall angeboten wurden. Die Sonne war mit einem Male aus meinem Leben gewichen, wieder sah es dunkel und trübe aus. Aber alles war gut bis zu dem Tage, an dem ich das Schreckliche inne wurde, an dem ich wußte, daß ich Mutter werden sollte.

Jetzt ging es nicht mehr anders; Leo mußte mich sofort heiraten; er konnte nicht mehr warten, bis er die Gehaltserhöhung bekam. Mein Kind mußte einen Vater haben, wenn es zur Welt kam.

Als Leo an diesem Abend zu mir kam, eröffnete ich ihm alles. Er lachte mich aus, als er meine Angst sah. Was ich eigentlich wollte, meinte er, das sei schon so vielen Mädchen passiert, ohne daß sie sich so aufführten. Er könne vorläufig nicht an eine Heirat denken; den Zeitpunkt für diese unsere Heirat müsse ich schon ihm überlassen.

Für diesen Abend habe er genug von meiner Zammerlei, er ginge jetzt, um sich woanders zu erholen. Als ich niederfiel, um seine Ankle zu umklammern, wollte er mich brutal wegstoßen. Ich klammerte mich an ihn, mit aller Kraft — und da schlug er mich. Roter Nebel wallte vor meinen Augen — bider roter Nebel.

Als ich zu mir kam, war ich allein. Von diesem Tage an blieb Leo Hansen verschwunden, wie vom Erdboden verschluckt. Ich konnte suchen und forschen, so viel ich wollte — nichts mehr war von ihm zu hören.

Nirgendwo konnte man einen Leo Hansen, auch nicht in dem Geschäft, als dessen Angestellter er sich bezeichnet hatte.

Ich war völlig zusammengebrochen. Das Stickerelgeschäft, das mir bisher meine Arbeiten abgenommen hatte, wollte plötzlich nichts mehr von mir wissen. Zu meinem übrigen Elend hin war ich auch noch brotlos geworden. Ich hatte nichts als das blühende Geld aus Großmutter's Erbschaft. Damals habe ich sie gesegnet, daß sie mir wenigstens das hinterlassen hatte.

Längst schon wohnte ich in einem kleinen Hinterstübchen; meine Wirtin hatte Mitleid mit mir und überließ es mir für wenig Geld. Sie verschaffte mir auch ein Unterkommen bei einer Frau, wo ich mein Kind auf die Welt bringen konnte.

Die langen, verbienstlosen Monate hatten schon genug Geld gekostet, das übrige mußte an die harte Frau bezahlt werden, die mir in meiner schweren Stunde beistand und mich die ersten Tage pflegte. Ein einziges Goldstück konnte ich ihrer Habgier entziehen und für mich zurückbehalten.

Am sechszwanzigsten Dezember hatte ich einem kleinen Mädchen das Leben gegeben. Was ich bei der Geburt gelitten habe, das will ich lieber verschweigen. Und doch war es gar nichts im Vergleich zu dem, was nun folgte.

So matt und elend ich war von der Geburt, so groß war mein Glück, als man mir mein Kind zum ersten Male in den Arm legte. Hatte ich es zuerst verflucht, ehe es da war, so lieb hatte ich es von dem Augenblick an, als ich es sah. Mein armes, gebrochenes Herz, mein dumpfer Schmerz richteten sich auf an dem süßen, kleinen Geschöpf, und endlich fand ich erlösende Tränen.

Ich wollte nur erst gesund werden, dann würde ich schon Mittel und Wege finden, mich und mein Kind zu ernähren. Eine nie gekannte Tatkraft erfüllte mich; ich konnte es nicht erwarten, bis ich kräftig genug war, mich ins Leben hinauszuwagen.

Da, eines Tages — ich erwachte aus tiefem Schlaf — hörte ich im Nebenzimmer reden: Also morgen können Sie das Kind holen lassen, gnädige Frau, sagte die weiße Frau. — Schön, klang eine andere Stimme, es bleibt also dabei: eine einmalige Absingung, und niemand mehr hat irgendeinen Anspruch auf das Kind. Sie können mir also versichern, daß die Mutter des Kindes damit einverstanden ist?

Das Gespräch verlief sich in Murmeln, man hatte sich von meinem Zimmer entfernt. Wie betäubt lag ich da. Hatte ich richtig gehört? Man wollte mir mein Kind entreißen, mein süßes, herziges Kind? Ich wußte, daß ich dieser entsetzlichen Frau gegenüber machtlos war, und daß es jetzt darum ging, mir selbst zu helfen.

Ich weiß heute kaum mehr, wie alles zuging. Am Nachmittag mußte die Frau weggehen, ich war allein. Ich packte das Kind in ein Kissen, um das ich ein dunkles Tuch schlug, nahm mein schlechtes, gut verstecktes Goldstück und floh — stahl mich aus dem Hause.

Halb ohnmächtig fand ich den Weg zum Bahnhof, ging an den Schalter, verlangte eine Fahrkarte nach demselben Ort, den der Mann vor mir verlangt hatte. Ich schob mein Goldstück hin, wollte weggehen. Der Beamte rief mir etwas nach; ich kehrte um, den Rest des Geldes zu empfangen.

Wie erlöst atmete ich auf, als der Zug sich in Bewegung setzte. Jetzt konnten sie mir wenigstens mein Kind nicht mehr nehmen.

Der enge Eisenbahnwagen war nur spärlich erleuchtet. Die wenigen Reisenden schliefen oder hingen ihren Gedanken nach.

Apatisch sah ich da; dann fing ich an zu frieren und hungrig zu werden. Das Kind wurde unruhig, begann zu weinen, bis es vor Müdigkeit wieder einschlief.

Das ging so fort, bis ich am Ziel war. Ich mußte aufsteigen.

Da stand ich nun, hinter mir der kaum erleuchtete, kleine Bahnhof, vor mir eine beschneite Dorfstraße. Welt und breit keine menschliche Seele. Die paar Menschen, die dem Äußersten entlegen waren, hatte die Dunkelheit spurlos in sich aufgenommen.

Ich stand allein, mütterseelenallein mit dem Kind. Um mich herum stelen die dichten Flocken auf den hartgefrorenen Boden.

Ich ging die Straße entlang, und bald merkte ich, daß ich mich auf freier Eise befand. Der Schnee fiel jetzt so dicht, daß man kaum ein paar Schritte weit vor sich sehen konnte. Das Kind war erwacht und fing an, aufs neue zu weinen. Ich rief, schrie in das wirbelnde Chaos hinein. Umsonst! Alles blieb still. Nichts war zu hören als das Pfaffen des Windes.

Tränen flossen mir über die eiskalten Wangen, während ich mich weiterkämpfte, Schritt für Schritt. Ich sank oft bis zu den Knien in den Schnee; aber die Angst um das Kind gab mir neue Kräfte, schloß meine Augen.

Einmal mußte ich doch irgendwo an ein Haus kommen; denn ich befand mich auf einer Straße, das sah ich an den Kilometersteinen, die hier und da den Schnee überragten.

Längst fühlte ich nichts mehr, weder Hunger noch Kälte. Alles in mir war wie abgestorben. Nur das Kind, das wieder still geworden war, preßte ich fest an meine Brust.

Plötzlich merkte ich, daß ich in einen Wald geraten war. Ich konnte kaum mehr weiterkommen; leuchtend ging mein Atem, eisalter Schweiß stand auf meiner Stirn.

Ich war am Ende meiner Kräfte, völlig erschöpft. Ich fing an zu rufen, so laut ich es mit meiner heiseren Stimme noch vermochte. Nichts rührte sich; ich mußte mich weiterschleppen.

Da! Wie durch ein Wunder sah ich ein Licht durch die Nacht schimmern. Ich ging noch ein paar Schritte, da stand ein Haus, in dem zwei Fenster erleuchtet waren.

Schon wollte ich an die Haustür klopfen. Da fiel mir ein, daß ich dann alles erzählen müßte. Alles — woher ich kam, was es mit dem Kind auf sich hatte. Und dann, dann würden sie mich zurückbefördern, und dann müßte ich mein Kind hergeben...

Die Gedanken jagten sich in meinem Kopfe. Wenn ich das Kind hier niederlegte vor dieser Schwelle, dann würden die Leute drinnen im Hause das Kind weinen hören, würden es zu sich nehmen, würden ihm zu essen geben, es pflegen. Und ich — ich konnte weiterwandern ins nächste Dorf, konnte dort Arbeit finden und später, wenn ich das Kind ernähren konnte, würde ich es zurückholen aus dem Hause im Wald...

Ich war wohl halb von Sinnen, als ich das Bündel mit dem Kinde an der Schwelle des Hauses niederlegte, um dann wie gekehrt durch den verschneiten Wald davon zujagen.

Dann begann ich mich plötzlich. Wie, wenn das Kind nicht schrie, wenn es die Leute nicht finden würden? Wenn es im Schnee elend erfrorren müßte!

Ich kehrte um, ging zurück, kreuz und quer. Ich fand den Weg nicht mehr.

Der Verzweiflung nahe, sank ich in die Ankle, um zu beten. Nur das Kind, das Kind sollte gerettet werden. Das Kind, das ich mit so großen Schmerzen zur Welt gebracht hatte, das ich liebte mit einer heißen, trostlosen Liebe. Und das ich ausgehert hatte in der Winternacht...

Oh, Peter, wenn Du wüßtest, was ich in dieser fürchterlichen Nacht gelitten habe, Du würdest mir sicher verzeihen! Als es Tag wurde, irrte ich noch immer planlos umher. Gegen Mittag kam ich in ein Dorf. Vetteind trat ich an die Türen, und ich bekam wenigstens zu essen.

Tagelang trottete ich weiter, durch Kälte und Schnee, viele, viele Kilometer weit. Jetzt war ich schon weit, weit weg von meinem Kind.

Dann endlich, nach vielen Tagen beschwerlichster Wanderung, fand ich mildbiätige Menschen, die mich in ihr Haus aufnahmen. Ich habe dir schon viel erzählt von Pastor Wörfer, dessen Haus meine neue Heimat geworden war, so lange, bis ich zu Irma von Prachwitz kam.

Es nützte nichts, daß ich heimlich Nachforschungen anstellte nach jenem Hause im Wald. Es war wohl so weit weg von unserem Dorfe, daß man es hier nicht konnte. Ich mußte mich zufrieden geben und froh sein, wenn meine Vergangenheit begraben war. Was ich innerlich litt in jener Zeit, das läßt sich nicht schildern.

Dann kamst Du und mit Dir das große, große Glück. Das Glück, das ich nicht verdient habe und das mir nun wieder genommen wird, durch den Tod.

Warum ich schwieg über meine Sünde? Kannst Du es nicht verstehen?

Ich liebte Dich wie nichts auf der Welt. Das, was ich für den anderen gefühlt hatte, damals in Königsberg, das war keine Liebe gewesen, das wußte ich jetzt. Damals war ich noch unwissend, hatte mich von seiner Zärtlichkeit, seiner Fürsorge einfließen lassen.

Jetzt aber liebte ich, mit der unvergänglichen, großen Liebe, die man nur einmal im Leben empfinden kann. Es war ein unsagbares Glück, als Du Dich mir zuwandtest, als ich wußte, daß auch Du mich liebtest.

Ich mußte sterben, diese Liebe zu verlieren, wenn ich Dir alles sagte. Deshalb schwieg ich, deshalb wurde ich Deine Frau, mit der großen Liebe im Herzen.

Dann kamen die ersten Jahre unserer Ehe, ein unermessliches, fast unwirkliches Glück. Bis zum lächerlichen Erwachen.

Als wir heimkamen auf den Heidehof, da hielten wir am Forsthaufe. Erinnerst Du Dich? Das Kind kam zu uns an den Wagen, an der Hand der Förstersfrau.

Da durchfuhr es mich wie ein Riß. Das da, dieses kleine, blonde Mädchen, das war mein Kind, meine Magdalone.

Hier also, hier war es gewesen. Hier war das Haus im Wald, das ich immer heimlich gesucht, das ich nicht gefunden hatte. Hier hatte mein Kind eine Heimat gefunden, mein Kind, das ich immer noch liebte, mit einer heimlichen, bitteren Liebe.

Oh, wie gern hätte ich es zu mir genommen, zu uns beiden. Wie glücklich wäre ich gewesen mit Dir und mit dem Kind!

Aber die Liebe zu Dir war noch größer als die Liebe zu dem Kind. Ich mußte weiter schwelgen, um Dich nicht zu verlieren...

Das große Unglück kam erst über mich, als Hans Sagenheim in Rosenhain auftauchte. Als ich ihn zum ersten Male sah, auf dem Hartmannschen Erntefest.

Er war es, der mich in Königsberg betört hatte, unter falschem Namen, unter erfundenen Vorspiegelungen. Der mich betört und mitteillos in tiefstes Elend gestoßen hatte.

Er erkannte mich wieder, auf der Stelle. Und seine Sinne entflammten sich aufs neue für mich; er bot alles auf, mich wieder zu besitzen.

Und dann, als ich ihn von mir wies, brachte er mir, Dir alles zu sagen, die Briefe zu zeigen, die ich an ihn geschrieben hatte.

Das ging monatelang so hin und her. Ich schwelte ständig über einem Abgrund, und nichts als meine Liebe zu Dir hielt mich aufrecht.